



Kommunalwahl-Programm 2014 – 2020

Inhaltsverzeichnis

Präambel:

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!	3
1. Mehr Geld für unsere Stadt!	4
2. Mit Bottrop muss es wirtschaftlich endlich wieder aufwärts gehen!	7
3. Genug gespart – Armut stoppen!	11
4. Für eine sozial-ökologische Energiewende in Bottrop	12
5. Mobilität ohne schlechtes Gewissen – Nahverkehr ausbauen	13
6. EINE Schule für Alle!	14
7. Wer nicht in die Jugend investiert, der wird in Knäste investieren müssen	16
8. Eine Stadt für alle – hier sind wir zuhause	19
9. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	20
10. Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht	21
11. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung!	22
12. Kultur für alle!	22
13. Sport bedeutet Lebensqualität	24
14. Straßenverkehrsplanung mit Konzept!	24
14. Für den Ausbau der Demokratie vor Ort	25
15. Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!	26
Impressum	28

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!

DIE LINKE steht für soziale, ökologische und solidarische Politik.

Damit sind wir die Alternative zur Kürzungspolitik der Bottroper Mehrheitsparteien SPD und CDU. Ebenso wie die Alternative zu Kleinstparteien, die auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene keine Rolle spielen und deshalb auf die politischen Rahmenbedingungen für unsere Stadt keinen Einfluss nehmen können.

DIE LINKE steht für die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit der kommunalen Selbstverwaltung: auch durch Wieder-Erhöhung der Steuern für Reiche und Konzerne.

Deutschland ist die Steueroase unter den Industrienationen: mit dem niedrigsten Anteil der Unternehmenssteuern am Bruttoinlandsprodukt. Das Privatvermögen der 10 % reichsten Bundesbürger ist drei Mal so hoch wie die gesamte Staatsverschuldung Deutschlands einschließlich der Kommunen. Geld ist also genug da – es ist nur falsch verteilt!

DIE LINKE steht für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die breite Mehrheit der Bevölkerung.

DIE LINKE beteiligt sich auf keinen Fall an Stellenabbau, Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge oder Sozialabbau.

DIE LINKE steht für Demokratisierung und Rekommunalisierung: für die Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle.

Keine andere Partei hat die Störmanöver der SPD-dominierten Bottroper Stadtverwaltung gegen den ersten Bottroper Bürgerentscheid von Anfang an derart scharf kritisiert.

Wir haben gemeinsam den Bürgerentscheid zur Rettung des Stenkhoffbads gewonnen und wir haben die Demokratisierung der Bürgerentscheid-Satzung durchgesetzt.

Und jetzt sind wir an vorderster Front mit dabei, wenn es gilt, die Subventionen für den großspurig in „Airport Ruhr“ umgetauften Flugplatz Schwarze Heide zu begrenzen und die frei werdenden Mittel im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen.

DIE LINKE steht für Vielfalt, selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Miteinander:

Herkunft, Hautfarbe, Alter, Geschlecht oder sexuelle Orientierung dürfen nicht zum Hemmnis werden, sondern müssen vielmehr in ihrer ganzen Breite als Bereicherung der kulturellen Vielfalt begriffen werden.

DIE LINKE steht für volle Bürgerrechte für alle Menschen, die in unserer Stadt ihren Lebensmittelpunkt haben.

DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung: Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle die Chance auf ein eigenständiges Leben haben.

DIE LINKE steht für die Weiterentwicklung Bottrops zu einer lebenswerten und aktiven Stadt.

Damit sind wir die Alternative zur gescheiterten Wirtschaftsförderungspolitik der Mehrheitsparteien: Alle in jüngster Vergangenheit veröffentlichten Untersuchungen zeigen, dass SPD und CDU die Wirtschaftskraft Bottrops zum Schlusslicht heruntergewirtschaftet haben.

DIE LINKE steht auch auf europäischer Ebene für Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit. Die Europäische Union muss im Interesse der breiten Mehrheit grundlegend umgestaltet werden – derzeit vertritt die EU aber vor allem die Interessen der Großbanken und Konzerne. Schon jetzt werden mehr als 60 % aller „Spielregeln“ für das Handeln in den Kommunen von der Europäischen Union festgelegt.

Deshalb gilt für Kommunal- und Europa-Wahl: Je stärker DIE LINKE – desto sozialer die Stadt!

DIE LINKE lädt alle Interessierten zur Mitarbeit ein. Dieses Kommunal-Wahlprogramm verstehen wir als lebendiges Dokument und freuen uns über Vorschläge und konstruktive Kritik.

1. Mehr Geld für unsere Stadt!

Bottrop ist pleite. Aber damit ist Bottrop nicht allein: 175 Kommunen in NRW sind hoch verschuldet – 61 davon so hoch, dass sie in den sogenannten „Stärkungspakt“ einbezogen wurden. Bottrop gehört immerhin aber noch zu den 27 Kommunen, die sich dem „Stärkungspakt“ freiwillig unterworfen haben.

Die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen wird immer größer

Mehr als die Hälfte der kommunalen Kassenkredite (also Überziehungskredite!) in Höhe von bundesweit 44 Milliarden Euro entfällt auf NRW: mit Schwerpunkt Ruhrgebiet. Insgesamt sind die NRW-Kommunen mit mehr als 58 Milliarden Euro verschuldet.

Die Ursachen sind vielfältig:

1. Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung wurde von allen Bundesregierungen und allen NRW-Landesregierungen in den letzten Jahrzehnten immer mehr ausgehöhlt: Eigentlich gilt das „Konnexitäts-Prinzip“: „Wer die Musik bestellt, der muss auch zahlen!“ Aber einerseits wurden den Kommunen von Europäischer Union, Bund und Land immer mehr Pflichtaufgaben übertragen. Andererseits wurden die Einnahmen der Kommunen stetig reduziert: durch Steuersenkungen zu Gunsten von Reichen und Konzernen ebenso wie durch Umverteilung der restlichen Steuermittel zu Gunsten der NRW-Landesregierung.
2. Verschärfend hinzu kommen die anhaltende Strukturschwäche der ehemaligen Montanregion, der gravierende Mangel an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die hohen Soziallasten durch Langzeitarbeitslosigkeit und Verarmung sowie der anhaltende Bevölkerungsrückgang.
3. Dies wird dadurch weiter verschärft, dass SPD und CDU unsere Heimatstadt Bottrop mit ihrer gescheiterten Wirtschaftsförderungspolitik heruntergewirtschaftet haben: zur Stadt mit der niedrigsten Wirtschaftskraft je Einwohner unter allen kreisfreien Städten in ganz Deutschland.

4. Erst ganz zuletzt kommen dann noch Prestige-Projekte hinzu wie die gescheiterte innenstadtnahe Hauptbahnhof-Verlagerung oder das Millionen-Grab Schwarze Heide: ein Sportler-Flugplatz, der großspurig zum „Airport Ruhr“ ausgebaut werden soll.

Kommunen – von allen NRW-Landes- und Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte ver-raten

Vor Landtags- und Bundestagswahlen wird uns von SPD- und CDU-Politikern immer wieder versprochen: „Wir kümmern uns selbstverständlich um die finanzielle Sanierung der Kommunen.“

Nach der Wahl werden alle Wahlversprechen kurzerhand gebrochen.

Aktuelles Beispiel aus dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD vom Dezember 2013:

Den Kommunen versprochen:

- 1 Milliarde Euro Soforthilfe für die Kommunen.
- Bund übernimmt die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von 5 Milliarden Euro.

Nur drei Monate später – im März 2014 – verkündet Finanzminister Schäuble:

- Die Soforthilfe für die Kommunen soll es erst ab 2015 geben.
- Und die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte will der Bund erst ab 2018 übernehmen – also erst nach der nächsten Bundestagswahl.

Allein schon dieser Wahlbetrug kostet Bottrop mehr als sechs Millionen Euro pro Jahr.

„Stärkungspakt“ = Kürzungspolitik mit der Brechstange

Für einen relativ läppischen Landeszuschuss in Höhe von jeweils rund 10 Millionen Euro in den Jahren 2014 – 2018 (gegenüber einem Schuldenstand von rund 275 Millionen Euro) musste sich die Stadt Bottrop verpflichten, bis zum Jahr 2021 Kürzungen um insgesamt 69 Millionen Euro vorzunehmen.

Wenn aber weit über 90 % aller städtischen Aktivitäten aus der Pflicht zur Umsetzung von EU-Verordnungen, Bundes- und Landesgesetzen besteht, dann bleibt nicht mehr viel, woran man noch kürzen kann.

Mit dem faktischen Verbot von sogenannten „freiwilligen“ Leistungen wird aber die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung abgeschafft.

„Freiwillige“ Leistungen sind ganz überwiegend kein verzichtbarer Luxus:

So sind Jugendarbeit, Kultur- und Sportförderung gewiss nicht verzichtbar!

Obendrein hat die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ Verfassungsrang:

Die wachsende Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen armen und besser gestellten Kommunen und Regionen ist eindeutig verfassungswidrig.

Die freiwillige Unterwerfung der Bottroper Mehrheitsparteien SPD und CDU unter den sogenannten „Stärkungspakt“ ist politisch und verfassungsrechtlich der falsche Weg!

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass besonders benachteiligte Ruhrgebiets-Kommunen – wie Bottrop, Gelsenkirchen, Herne und Oberhausen – eine gemeinsame **Verfassungsklage** gegen die systemati-

sche Unterfinanzierung vorantreiben.

Dies hat die Ratsgruppe der LINKEN schon zu Beginn der Ratsperiode 2009 – 2014 beantragt – und das fordern wir auch weiterhin.

Widerstand ist bitter nötig

Wenn dem verschärften Sparkurs gegenüber den ärmeren Kommunen und der Unterwerfung der Bottroper Mehrheitsparteien SPD und CDU unter den „Stärkungspakt“ kein massiver Widerstand entgegengesetzt wird, dann droht eine neue Qualität von Leistungskürzungen und Gebührenerhöhungen für die breite Masse der Bevölkerung.

Hier nur einige Beispiele aus dem **Horror-Katalog des „Haushaltssanierungsplans“**, der in Bottrop aus dem sogenannten „**Stärkungspakt**“ abgeleitet wurde:

- Massive Stellen-Streichungen und Qualitätsverschlechterung quer durch alle Verwaltungsbe-
reiche sowie Reduzierung der Ausbildung
- Zusätzliche Kürzung der Mittel für die Stadtbezirke um jährlich 330.000 Euro
- Zusammenlegung der Standesamtsbezirke
- Schließung des Saalbaus
- Schließung von Schulen
- Abschaffung des Sozialberichts
- Kürzung der Mittel für die Jugendarbeit um jährlich 120.000 Euro
- Kürzung der Hilfen zur Erziehung
- Wegfall von Zuschüssen für Altenhilfe, Mobiler Sozialer Dienst, Behinderte und Asylbewerber
- Erhöhung der Entgelte für Theater, Stadtbücherei und Schwimmbäder sowie Erhöhung der
Parkgebühren
- Kürzung der Sportförderung, Schließung von Sportanlagen und Erhöhung der Entgelte für die
Benutzung von Sportanlagen durch Vereine
- Wegfall von Zuschüssen für die Denkmalpflege
- Reduzierung der Grünflächenpflege auf Friedhöfen um jährlich 320.000 Euro
- Einführung der Zweitwohnungssteuer
- Erhöhung der Grundsteuer B auf 680 %: auf jährlich zusätzliche 3,5 Mio. Euro – das trifft Ei-
genheimbesitzer und Wohnungsmieter!

Das alles ist zutiefst sozial ungerecht und gesellschaftspolitisch schädlich!

Alle diese Maßnahmen senken auch die Kaufkraft und die Attraktivität Bottrops und treiben damit die wirtschaftliche Abwärtsspirale, in die SPD und CDU unsere Stadt ohnehin schon geführt haben, noch weiter an!

Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.

Deshalb brauchen wir ein umfassendes Entschuldungsprogramm für die kommunale Ebene. Dieses muss sowohl die Altschulden als auch Sicherungen gegen eine erneute Schuldenfalle umfassen.

Wichtige Elemente eines Entschuldungskonzepts sind:

- ein Zinsmoratorium sowie die Neuverhandlung der erdrückenden Zinslasten mit dem Ziel ihrer nachhaltigen Senkung,
- die Einrichtung eines Entschuldungsfonds des Landes für strukturschwache Kommunen, durch den der Abbau von Altschulden und Kassenkrediten gewährleistet werden soll,
- die Neuverhandlung der Solidarpakts II mit dem Ziel, alle bedürftigen Kommunen unabhängig von ihrer geografischen Lage in Osten oder Westen einzubeziehen,
- die Neuaufteilung des Steueraufkommens auf die verschiedenen staatlichen Ebenen:
 - unter anderem eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW auf 28 Prozent
 - und der Wegfall der Gewerbesteuerumlage bei notleidenden Kommunen,
- die Gegenfinanzierung durch die Einführung einer Millionärsteuer sowie eine höhere Erbschaftsteuer, um die öffentlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu stärken
- sowie die Einführung von Vetorechten der kommunalen Ebene, um die fortgesetzte Missachtung des Konnexitäts-Prinzips („Wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen!“) endlich wirksam abwehren zu können.

Wir brauchen außerdem ein **umfassendes Konjunkturprogramm**, das vor allem die kommunale Ebene und die immer mehr vergammelnde öffentliche Infrastruktur stärkt.

Dazu gehören:

- die Entkoppelung von Fördergeldern von finanziellen Eigenbeiträgen für arme Kommunen: weil arme Kommunen diese Eigenmittel gar nicht mehr aufbringen dürfen, können sie vielfach Fördermittel etwa der EU gar nicht mehr in Anspruch nehmen,
- Programme, die die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördern und die sogenannten 1-Euro-Jobs beenden,
- Qualitäts- und Zielkriterien für die öffentliche Infrastruktur (vor allem energetische Sanierung, Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger, Sanierung und Ausbau von Bildungseinrichtungen).

Wir wollen, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine umfassende staatliche **Finanzreform**, eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und weitreichende Mitbestimmungsrechte gegenüber den übergeordneten staatlichen Ebenen wiederhergestellt und für die Zukunft gesichert wird.

2. Mit Bottrop muss es wirtschaftlich endlich wieder aufwärts gehen!

Laut einer Studie des „Focus“ von Mitte März 2014 gehört Bottrop zu den am ärmsten Kreisen und kreisfreien Städten in NRW – nur Herne schneidet noch schlechter ab. Bundesweit liegt Bottrop hierbei auf Platz 330 von allen 402 Städten und Landkreisen.

Weit schlechter noch sieht es für Bottrop beim „Focus“-Gesamtergebnis aus: beim Vergleich der **Lebensqualität** in den Kategorien Wohlstand, Jobs, Sicherheit/Risiken, Kosten, Wohnraum/Infrastruktur, Demographie/Gesundheit: Hier landet Bottrop auf Platz 399 – in ganz Deutschland schneiden nur Mönchengladbach, Herne und Frankfurt/Oder noch schlechter ab.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch weitere in jüngster Zeit veröffentlichte Untersuchungen: Im August 2013 hatte das Institut der deutschen Wirtschaft festgestellt: Bottrops Wirtschaftskraft –

gemessen am Brutto-Inlands-Produkt je Einwohner – ist auf den letzten Platz aller 107 kreisfreien Städte in Deutschland abgestürzt.

Im November hatte das Prognos-Institut Bottrops „Dynamik“ unter allen Kreisen und kreisfreien Städten in Westdeutschland auf dem vorletzten Platz notiert – nur das saarländische Neunkirchen schnitt noch schlechter ab. Unter „Dynamik“ wurden entscheidende Entwicklungen erfasst: unter anderem „Wanderungssaldo Junge Erwachsene“, „Veränderung des Anteils der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen“, „Veränderung Anteil Hochqualifizierter“, „Veränderung Brutto-Inlands-Produkt“, „Veränderung Gründungsintensität“ oder „Veränderung Gesamtbeschäftigung“. In all diesen Punkten zeigt sich, wie es tendenziell weitergeht – wenn es nicht endlich gelingt, den Teufelskreis zu durchbrechen.

Bottrop war keineswegs immer schon „Kellerkind“

Vor 60 Jahren – in den Anfängen der Bundesrepublik – hat Bottrop hinsichtlich der Wirtschaftskraft noch einen Platz im Mittelfeld eingenommen.

Vor 20 Jahren – kurz nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – war Bottrop unter allen kreisfreien Städten Westdeutschlands schon auf den letzten Platz abgerutscht.

Seitdem ist Bottrop auch noch von allen 18 kreisfreien Städten Ostdeutschlands überholt worden.

Innerhalb Nordrhein-Westfalens ist Bottrop inzwischen sogar von fast allen Landkreisen abgehängt worden – auch die sehr dörflich strukturierten Rand-Kreise Euskirchen und Höxter sind Bottrop beim Brutto-Inlands-Produkt pro Kopf meilenweit voraus.

„Wir haben bewiesen: Wir können Strukturwandel“ – so haben sich Oberbürgermeister Bernd Tischler (SPD) und Planungsdezernent Norbert Höving (CDU) Ende Januar 2014 auf einer WAZ-Doppelseite abfeiern lassen.

Tatsächlich ist aber für die letzten Jahrzehnte festzuhalten: **SPD und CDU haben Bottrop nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich vor die Wand gefahren.**

Mit dem Aus für den Bergbau droht es, noch schlimmer zu kommen

Seit 1959 erstmals im Revier schwarze Fahnen wehten, hätte es allen klar sein können, dass es mit dem deutschen Steinkohlenbergbau bergab geht – irgendwann auch in Bottrop.

SPD und CDU in Bottrop haben es aber jahrzehntelang versäumt, rechtzeitig auf einen selbst gesteuerten offensiven Strukturwandel und auf moderne Produktionsstätten zu setzen – stattdessen haben sie sich treiben lassen.

Ende 2018 kommt das endgültige Aus für den deutschen Steinkohlenbergbau:

Nach mehr als 160 Jahren endet dann auch in Bottrop die Ära des Bergbaus:

- Rund 3 Millionen Tonnen Jahresförderung fallen dann flach.
- Rund 4.200 Arbeitsplätze entfallen von einem Tag auf den anderen.
- Rund 250 Ausbildungsplätze in 16 Ausbildungsberufen fallen weg.

Im **SPD-Kommunalwahl-Programm 2009 unter dem Titel „Bottrop gewinnt“** hieß es dazu: „Die vorhandenen Arbeits- und Ausbildungsplätze im Bergbau und der angeschlossenen Zulieferindustrie sind über das Jahr 2018 hinaus zu erhalten. Dazu ist es notwendig, im Jahre 2012 die Revisionsklausel zu nutzen, um ein Umdenken in der nationalen Kohlepolitik zu erwirken. Die Bottroper SPD wird sich vehement dafür einsetzen.“

Was haben die Bottroper SPD, ihr Bundestagsabgeordneter Michael Gerdes und Oberbürgermeister Bernd Tischler für den Erhalt des Bergbaus unternommen worden? – Nichts!

DIE LINKE war am Ende die einzige Partei, die im Bottroper Rat für den Erhalt eines Sockelbergbaus gerade auch in Bottrop gestimmt hat.

Es würde ja wirklich Sinn machen, einen deutschen Sockel-Bergbau zu erhalten: allein schon um die deutsche Bergbau-Technologie anwendungsorientiert als Spitzen-Technologie weltmarktfähig zu erhalten.

Stattdessen wird in Deutschland immer mehr blutige Kohle verstromt: abgebaut unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in Tagebauen mit gigantischen Umweltzerstörungen.

Wenn es nicht gelingt, rechtzeitig bis 2018 ausreichend Ersatz-Arbeitsplätze für die wegfallenden Bergbau-Arbeitsplätze zu schaffen, dann droht Bottrop zum „Detroit“ des Ruhrgebiets zu werden.

Die „Kohle-Beschlüsse“ zur schrittweisen Stilllegung der Steinkohleförderung bis 2018 sind seit 2007 bekannt.

Aber erst nach der Sommerpause 2014 soll in Bottrop endlich ein Lenkungskreis zur Umnutzung der Bergbauflächen eingerichtet werden – viel zu spät! Denn bis die Flächen tatsächlich neu genutzt werden und – hoffentlich – darauf neue Arbeitsplätze in vergleichbarer Größenordnung entstehen können, werden Jahre ins Land gehen.

Allzu lange wurde fast ausschließlich auf den Bergbau gesetzt – garniert mit einer kleinen, aber feinen Innenstadt und mit einem für das Ruhrgebiet außergewöhnlich attraktiven Markt.

Aber auch bei der Pflege dieses Juwels fehlt es an handwerklichem Können: Herausragendes Beispiel hierfür ist das Hansa-Center: Der von der Stadtspitze auserkorene Bauträger ist pleite. Was bleibt? Eine Bauruine ohne Perspektive. Inzwischen gibt es in Bottrop nicht einmal mehr einen Elektronikfachmarkt.

Andererseits sollen nach dem Willen der Großen Koalition aus SPD und CDU in Bottrop die stark belasteten und schlecht entlohnten Beschäftigten in den hiesigen Geschäften künftig jeden Monat sonntags antreten.

Auch eine „Stadtmarketing-Gesellschaft“, die kein Geld in die Hand nehmen durfte, war kein Beitrag zur Revitalisierung Bottrops. Die Auflösung dieser Gesellschaft zum Jahresende 2013 folgte letztlich nur noch der Erkenntnis: SPD und CDU können ohnehin keinen Strukturwandel.

Weit schlimmer noch sieht es beim **produzierenden Gewerbe** aus: Ersatz für mittelständische Produzenten wie Brockmann? Fehlanzeige!

Stattdessen kamen dann solche Groß-Projekte wie der „Airport Ruhr“ und ein „Flughafen-affines Gewerbegebiet“: Das Interesse für dies thematisch viel zu eng gefasste Gewerbegebiet tendiert bei Unternehmen gegen Null, wie die Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers ausdrücklich in einem Gutachten bestätigt hat: eine voraussehbare Totgeburt.

Ähnliches gilt auch für „**Innovation City**“: Symbolträchtig verrottet der Werbecontainer nach seinem Abtransport vom Pferdemarkt auf dem Bauhof. Seit 2010 bewegt sich – außer ein paar Pilot-Projektchen – kaum etwas.

Dazu hatte DIE LINKE schon im Mai 2013 auf ihrer „Plan B“-Konferenz zum Sozial-ökologischen Umbau in NRW festgestellt: „Die Idee und die Ziele sind wirklich gut. Aber ohne soziale Flankierung der Mehrkosten für Mieter und Vermieter geht dieses Projekt an den Realitäten im Bottroper Südosten

vollkommen vorbei.“

Aber erst 2014 haben dies endlich auch die politisch Verantwortlichen im Rathaus erkannt: Erst jetzt sollen kostenintensive Energie-sparende Umbauten mit Fördermitteln unterstützt werden.

Aber auch Ende März 2014 heißt es in der WAZ hierzu noch: „An die Vorlage des Masterplans für das Innovation-City-Pilotgebiet knüpft der Oberbürgermeister die Hoffnung, dass in den nächsten Jahren auch viel Fördergeld nach Bottrop fließen wird.“ Die Hoffnung stirbt zuletzt?

Die CDU empört sich derweil darüber, dass Fördermittel ausschließlich für das Innovation City-Gebiet zu einer „gespaltenen Stadt“ führen würden. Also lieber nirgends in Bottrop Fortschritte als allein im Südosten unserer Stadt?

Den Vogel schießt die Ratsmehrheit aber damit ab, dass sie in dieser Stadt immer mehr die „Bürgersteige hochklappt“: Löcher in den Straßen und auf den Bürgersteigen, Ausdünnung des Nahverkehrs, Schließung der Stadtteilbibliotheken und am liebsten auch noch des einzigen Freibades – wie will man denn so noch Unternehmen und gut verdienende Beschäftigte nach Bottrop locken?

Deutschland ist eine Öffentliche Dienstleistungs-Wüste – und Bottrop wird immer mehr dazu gemacht

In den skandinavischen Ländern arbeiten jeweils knapp 30 % aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

In den USA sind es 16 %.

Deutschland liegt in der Europäischen Union – neben Griechenland – am Tabellen-Ende: mit nur 9 %. In Bottrop sind es sogar nur knapp 7 %.

DIE LINKE tritt ein für:

- ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen;
- die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können. Die Energieversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen;
- kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen;
- eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten.

Konkret für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Bottrops fordern wir:

- Intensivere Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe bei Sicherung des Firmenstandorts und Neuansiedlung, insbesondere auch im produzierenden Sektor: damit die Abwärtsbewegung bei Brutto-Inlands-Produkt, Gründungsintensität und Gesamtbeschäftigung endlich gestoppt wird.
- Stärkung der Stadtteilzentren auf der Grundlage der gewachsenen Entwicklung: Dies schließt eine intensivere Förderung und aufsuchende Beratung für Betriebe der Migrationswirtschaft ausdrücklich ein.

- Bessere regionale Vermarktung der noch recht attraktiven Innenstadt und vor allem auch des in seiner Größe und Art im Ruhrgebiet einzigartigen Wochenmarktes.
Dies erfordert auch ein baldiges Ende der Hängepartie am Hansa-Center.
- Bei der Neunutzung der Bergbauflächen ist lange genug getrödelt worden:
Noch vor dem Ende des Bergbaus müssen die Planungen abgeschlossen und muss die Infrastruktur für Neuansiedlungen geschaffen sein!
Ziel muss es sein, eine ausreichende Zahl von Ersatzarbeitsplätzen zu schaffen, die den DGB-Kriterien für „Gute Arbeit“ entsprechen.
- Steigerung der Lebensqualität in Bottrop: damit wieder mehr statt immer weniger junge Erwachsene und Hochqualifizierte in Bottrop leben wollen:
Dies erfordert das Aus für alle „Stärkungspakt“-Kürzungen sowie mehr kulturelle und attraktivere Freizeit-Angebote.

3. Genug gespart – Armut stoppen!

Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist menschenunwürdig.
Hierunter leiden vor allem die Kinder.

Mit Armut zu leben, bedeutet für die betroffenen Menschen den weitgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe:

Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie Reisen bleiben ein Wunschtraum.

Oft genug fehlt aber sogar das Geld für das Notwendigste: Ein Defekt am Herd oder eine auslaufende Waschmaschine geraten schnell zur finanziellen Katastrophe.

Trotz aller Schönfärberei in der letzten Fassung des „**4. Armuts- und Reichtums-Berichts**“ der schwarz-gelben Bundesregierung hieß es darin: „Die ärmsten 50 Prozent der Haushalte verfügen lediglich über 1 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die reichsten 10 Prozent über die Hälfte des Nettovermögens verfügen.“

Ein Beispiel zur Einkommens-Spreizung in Deutschland: Eine Reinigungskraft, die in einer Bank in den neuen Bundesländern saubermacht, verdient im Jahr 21.000 Euro brutto. Deutsche Bank-Chef Ackermann erhielt das 447-fache. Kann Ackermann wirklich das 447-fache leisten???

Während es den „Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung“ aber wenigstens noch gibt, ist der „**Sozialbericht**“ in Bottrop im Zuge des sogenannten „Stärkungspakts“ aus angeblichen Kostengründen gleich ganz abgeschafft worden.

Aber schon im letzten, dem „Sozialbericht 2009“, wurde herausgearbeitet:

- Mehr als jedes fünfte Bottroper Kind lebt von Hartz IV.
- In Bottrop liegt das Einkommen der Bevölkerung im Landesdurchschnitt im letzten Drittel.
- In Bottrop leben deutlich mehr Bezieher geringer Einkommen als im Landesdurchschnitt.
- Der Anteil der Überschuldeten liegt in Bottrop höher als im Bundes- und Landesdurchschnitt.

Leider ist es seitdem keineswegs besser geworden.

DIE LINKE tritt ein für:

- ein kommunales öffentliches Beschäftigungsprogramm,
- die Umwandlung der sogenannten 1-€-Jobs in versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis-

se,

- den Ersatz von prekären Beschäftigungsverhältnissen durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen Verwaltungen sowie bei den Trägern und den Unternehmen, die Dienstleistungen für die Stadt Bottrop erbringen,
- die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter wird in Form eines Sanktionsmoratoriums auf kommunaler Ebene ausgesetzt,
- Erhalt und Ausbau von unabhängigen Beratungsstellen für Erwerbslose,
- die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) ist grundsätzlich am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels bzw. entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren,
- kostenlose gesunde Mahlzeiten an allen Schulen und Kindertagesstätten für alle Kinder,
- kostenlose Abgabe des sogenannten Schokotickets an alle Kinder,
- Programme zur Gesundheitsvorsorge für alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation oder ihrer Herkunft sowie die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen in finanziellen Notlagen incl. der „Pille danach“,
- Wiedereinführung des Bottrop-Passes mit folgenden erweiterten Leistungen:
 - kostenloses Ticket 2000,
 - freier Eintritt im kommunalen Kino und bei städtischen Veranstaltungen,
 - freie Nutzung der Angebote der Stadtbibliothek und der Volkshochschule,
 - freier Eintritt in allen Bottroper Schwimmbädern,
 - Erlass städtischer Verwaltungsgebühren,
 - kostenfreies Konto bei der Stadtparkasse Bottrop.

4. Für eine sozial-ökologische Energiewende in Bottrop

Seit Gründung der Bundesrepublik wurde die Verstromung von Stein- und Braunkohle sowie Uran mit rund 300 Milliarden Euro direkt oder indirekt subventioniert. Dagegen ist der Förderbetrag für erneuerbare Energien vergleichsweise gering.

In den letzten Jahrzehnten ist aber neben der sozialen auch die ökologische Frage immer drängender geworden. Der vom Menschen verursachte Klimawandel führt nicht nur zu erhöhten Temperaturen und zum Abschmelzen von Gletschern, sondern beeinflusst maßgeblich die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen: Hungersnöte wegen Dürre, Zerstörungen durch Stürme und Tsunamis bis hin zur Fukushima-Atom-Katastrophe sowie Massenflucht wegen zerstörter Lebensräume sind die Folgen.

Ein großer Teil des Treibhauseffektes und des damit verbundenen Klimawandels wird in den städtischen Ballungsräumen verursacht.

DIE LINKE fordert daher Maßnahmen für ein nachhaltiges urbanes Zukunftsmodell mit dem Ziel einer Verringerung der klimarelevanten Gase Kohlendioxid, Methan und Stickstoffdioxid.

Nachhaltige Umwelt- und Naturschutzpolitik ist für DIE LINKE ein zentraler Programmpunkt.

Mit „Innovation City“ hat sich Bottrop weit über die Stadtgrenzen hinaus einen Namen gemacht beim Thema Energie-Effizienz.

Andererseits musste DIE LINKE schon im Mai 2013 auf ihrer „Plan B“-Konferenz zum Sozial-ökologischen Umbau in NRW feststellen: „Die Idee und die Ziele sind wirklich gut. Aber ohne soziale

Flankierung der Mehrkosten für Mieter und Vermieter geht dieses Projekt an den Realitäten im Bottroper Südosten vollkommen vorbei.“

Innovation City bedeutet real derzeit vor allem, dass Häuser gedämmt werden und im kleinen Maßstab Kraft-Wärme-Kopplung eingerichtet wird.

Die Kosten für die energetische Sanierung werden auf die Miete umgelegt werden, was zur Folge hat, dass die Bewohner die Mieten nicht mehr zahlen können, weil die Erhöhung den Einspareffekt um ein Vielfaches übersteigt.

Aber erst 2014 haben dies endlich auch die politisch Verantwortlichen im Rathaus erkannt: Erst jetzt sollen kostenintensive Energie-sparende Umbauten mit Fördermitteln unterstützt werden. Hoffentlich diesmal mit mehr Erfolg!

Darüber hinaus wird es vor allem darauf ankommen, einen ausgewogenen Mix aus Windenergie, Biogasanlagen und Photovoltaik sowie Kraft-Wärme-Kopplung zu schaffen.

Wir fordern eine ökologisch wie ökonomisch sinnvolle energetische Erneuerung. Das macht weit mehr Sinn, als nur jedes Haus einzupacken.

Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE:

- Die Emscher Lippe Energie GmbH muss sich in Zukunft weniger als Energieversorger mit dem Ziel der Umsatz- und Profiterhöhung verstehen, sondern als Energiedienstleister mit starken CO₂-Einspar-Zielen.
Um die ELE verstärkt auf eine ökologisch und sozial ausgerichtete Geschäftspolitik verpflichten zu können, ist es unerlässlich, dass sie zu 100 % in kommunales Eigentum übergeht (– derzeit hält die RWE AG einen politisch unakzeptabel hohen Anteil von 50,1 %).
- Einführung eines Sockeltarifs zur „Strom-Grundversorgung“: Der kommunale Energieversorger soll einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Der Strom oberhalb des Grundkontingents würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.
- Das Verbot von Stromabschaltungen der kommunalen Energieversorger.
- Beihilfen zur Anschaffung elektrischer Haushaltsgeräte mit hoher Energieeffizienz.
- Umrüstung des städtischen Fuhrparks auf umweltfreundliche Antriebe und kontinuierliche Überprüfung der Energieeffizienz und Umweltbilanz.
- Energiesparende Straßenbeleuchtung (LED) unter Berücksichtigung der Farbtemperatur. Im Rahmen von ohnehin erforderlichen Reparaturen oder Sanierungsmaßnahmen sollten die Systeme erneuert werden.
- Energieversorgung durch regenerative Energien bei kommunalen Neubauten und mittelfristig ebenfalls bei den bestehenden öffentlichen Gebäuden.
- Kein Fracking in Bottrop: Wir haben ein Recht auf sauberes und ungiftiges Trinkwasser!

5. Mobilität ohne schlechtes Gewissen – Nahverkehr ausbauen

In der heutigen Gesellschaft ist Mobilität unabdingbarer Bestandteil des Lebens: Ohne ausreichenden öffentlichen Nahverkehr sind Menschen, die sich kein Auto leisten können, von der Teilhabe am öffentlichen Leben wie auch dem Nachgehen einer Beschäftigung ausgeschlossen.

„Ausreichender öffentlicher Nahverkehr“ heißt: Streckenführung und Taktung müssen am gesellschaftlichen Bedarf und nicht an der finanziellen Lage der Kommune ausgerichtet sein.

Und der öffentliche Nahverkehr muss für den Einzelnen bezahlbar sein – oder besser noch kostenlos: wie in der estnischen Landeshauptstadt Tallinn.

Ein engmaschiger und kurz getakteter öffentlicher Nahverkehr wäre zugleich auch ein starker Beitrag unserer Stadt zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Ein weiterer möglicher Beitrag hierzu:

Bottrop ist führend im Sammeln von Bio-Abfällen. Diese könnten auch für die Herstellung von Biogas für den öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden. Dies würde die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren und den Klimaschutz erhöhen.

Ziel muss es sein, den ÖPNV nicht nur auszubauen, sondern auch so umweltverträglich wie möglich zu gestalten.

Auch der Einsatz von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen sollte mit Blick auf Emissionsfreiheit und Absenkung der Lärmbelästigung gefördert werden.

All dies wären wichtige Schritte, um „Innovation City“ wirklich nachhaltig und attraktiv für alle Bürger zu gestalten.

DIE LINKE tritt ein für:

- öffentlich finanzierten ÖPNV,
- kürzere Taktzeiten und ein engmaschigeres Netz,
- kontinuierliche Überprüfung von Streckenführung und Haltestellen auf Akzeptanz der Bürger,
- Umrüstung des ÖPNV auf umweltfreundliche Treibstoffe und Antriebe,
- flexiblen und erweiterten Einsatz von Taxibussen,
- Integration und Ausweitung der elektrisch betriebenen Mietwagen in das Konzept des ÖPNV: mit Standorten an allen verkehrstechnisch neuralgischen Punkten sowie einem Ticket für alle Verkehrsmittel,
- W-Lan in allen Fahrzeugen und an allen Haltestellen.

6. EINE Schule für Alle!

Die Fundamente unseres heutigen dreigliedrigen Schulsystems wurden im 19. Jahrhundert gelegt: Das Ziel dieses Systems bestand vor allem in der frühzeitigen Selektion und darin, die Klassenschranken aufrecht zu erhalten: Arbeiterkinder gingen in die Volksschule, Kinder von Angestellten und kleinen Beamten in die Mittelschule und die „Elite“ schickte ihre Kinder aufs Gymnasium oder ins Internat. Heraus kamen neue Arbeiterinnen und Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte und eine neue „Elite“. Chancengleichheit sollte Bildung in Deutschland damals gar nicht leisten.

Grundlegendes hat sich daran bis heute nicht geändert. Aber spätestens seit der PISA-Studie wissen wir, dass dieses System auf der ganzen Linie versagt hat.

Die frühe, typisch deutsche Selektion schadet den Bildungschancen der jungen Generation. Sämtliche ernstzunehmenden Bildungsforscher plädieren für ein Schulsystem nach skandinavischem Vorbild. So auch DIE LINKE. Der faule Rot-Grüne Bildungskompromiss mit der CDU nach der Landtagswahl 2012

bedeutet für unsere Kinder eine riesige verpasste Chance. Statt einer Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems, wie von Rot-Grün noch im Wahlkampf gefordert, gingen SPD und Grüne auf Drängen der CDU den „Schul-Kompromiss“ ein und führten noch weitere Schulformen ein. Die CDU feierte dies als Erfolg, weil so das elitäre Gymnasium erhalten blieb. Die Einführung von so genannten „Sekundarschulen“ dient also dem Erhalt der Selektion.

Die Sekundarschule garantiert gemeinsames Lernen nur bis zur siebten Klasse und besitzt keine eigene Oberstufe, sie ist damit eine „Gesamtschule Light“. Wir halten die Einführung dieser Schulform in Bottrop für einen fatalen Fehler. Die LINKE ist die einzige Partei, die sich in Bottrop gegen die Einführung dieser Schulform in Kirchhellen ausgesprochen hat. Ausgerechnet die **DKP** – die sich sonst verbal immer für möglichst langes gemeinsames Lernen einsetzt – hat unter ihrem Schulausschussvorsitzenden Gerber die Gründung von Sekundarschulen in Bottrop forciert und damit ebenso gegen ihre Wahlversprechen gehandelt wie SPD und Grüne. Wortbruch !

In anderen Städten – wie beispielsweise in Rösrath, Bedburg, Meschede, Bad Laasphe, Hückeswagen und Heinsberg – ist die Einführung der Sekundarschule schon fatal gescheitert und zwar explizit am Elternwillen, denn Eltern wissen genau was sie für ihre Kinder wollen.

Was Eltern wollen, ist eine Schule, die den Kindern alle bildungstechnischen Möglichkeiten bietet. Hier ist die Sekundarschule keine Alternative, da sie keine eigene Oberstufe bietet und nach gymnasialen Standards auch nur in Verbindung mit einer anderen Schule unterrichten kann. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Sekundarstufe I bleibt dann nur der Wechsel auf eine andere Schule.

Was wir brauchen, ist EINE Schule für alle: Eine Schule, in der nicht Fächer, sondern Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, in der Lehrerinnen und Lehrer auf Schülerinnen und Schüler eingehen können. Eine Schule mit kleineren Klassen und individueller Förderung.

Gesamtschulen können dem entgegenwirken.

Am Ende muss aber stehen: EINE Schule für Alle!

Sanierung jetzt!

Aber auch an den bestehenden Schulen muss Lernen unter vernünftigen Bedingungen möglich sein. Seit Jahren werden nur noch die allernötigsten Reparaturen an den Schulen vorgenommen. Folge davon ist, dass fast alle Schulgebäude in einem hohen Grad sanierungsbedürftig sind. Die Beschwerden reichen von zugigen Fenstern bis zu nur unter Ekel benutzbaren Toiletten.

Dass ernsthaft über Gebühren für die Benutzung der Schultoiletten diskutiert wird, ist grotesk.

Aber anstatt den Etat zur Schulbau-Sanierung zu erhöhen, streicht ihn die SPD zusammen. Sie nimmt in Kauf, dass die Schulen noch maroder werden und der Sanierungsdruck weiter wächst.

DIE LINKE fordert ein Schulbau-Sanierungsprogramm, das den Namen auch verdient.

Schulsozialarbeit erhalten!

Mittel für die Schulsozialarbeit werden vom Bund nicht mehr zur Verfügung gestellt. In Bottrop hat sich DIE LINKE dafür eingesetzt, diese wichtige Arbeit fortzuführen. Bis 2015 werden nun städtische Mittel zur Verfügung gestellt. Es ist aber zu befürchten, dass spätestens dann diese wichtige Aufgabe

der Kürzungspolitik der Bottroper Mehrheitsparteien zum Opfer fällt, wenn hier nicht entschieden Widerstand geleistet wird.

Schulessen attraktiv und kostenlos für unsere Kinder!

Die Abschaffung des Zuschusses für das Schulessen hat zu einem starken Rückgang der bestellten Essen in Bottrop geführt.

Das Schulessen und auch das Essen in KiTas ist aber ein elementarer Teil in der Förderung unserer Kinder: Hungerige Kinder können sich nicht auf das Lernen konzentrieren und sind dem erhöhten Leistungsdruck noch schutzloser ausgesetzt.

DIE LINKE will daher gutes, gesundes Essen zum Standard in allen Schulen und KiTas machen. Ein Zuschuss zum Essen reicht aber nicht aus. In Zeiten, in denen der Ganzttag eine immer wichtigere Rolle spielt und unsere Kinder einen Großteil ihrer Zeit in Schule und KiTa verbringen, sollten sie hier auch unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses gesund und hochwertig versorgt werden. DIE LINKE fordert daher die Einführung von kostenlosem Essen in Schule und KiTa für unsere Kinder.

Perspektiven nach der Schule!

Nur 36 Prozent der Bottroper Jugendlichen erhalten nach der zehnten Klasse die Chance auf eine Berufsausbildung – das sind fast 10 Prozent weniger als im Landesschnitt. 22,5 Prozent der Bottroper Jugendlichen nehmen dann an Überbrückungsmaßnahmen teil – 5,5 Prozent mehr als im Landesschnitt.

Bottrops Jugend hat schon jetzt weniger Perspektiven als andere Jugendliche in NRW. Und 2018 schließt der größte Bottroper Ausbildungsbetrieb, das Bergwerk Prosper-Haniel. Düstere Aussichten und noch mehr Perspektivlosigkeit für Bottrops Jugend.

Die SPD-geführte Stadtspitze in Bottrop hat es in all den Jahren nicht geschafft, hier entgegenzuwirken, und steht auch ratlos vor den weiteren Problemen, die das Ende des Bergbaus mit sich bringen wird.

Mehr Praxisbezug in der Schule, Auftragsvergabe der Stadt nur noch an ausbildende Betriebe – besonders im Rahmen von Innovation City – sowie Erhalt und Ausbau von Ausbildungsstellen bei der Stadt wären erste Schritte.

Jugendamt, Schulen, Jobcenter und Betriebe müssen mehr vernetzt werden. Eine Ausbildungsplatzoffensive und ein gezieltes Förderprogramm sind dringend notwendig.

7. Wer nicht in die Jugend investiert, der wird in Knäste investieren müssen

Kein Personalabbau in den Einrichtungen der Jugendhilfe und im Jugendamt!

Die Personalausstattung muss sich nicht nur nach der Zahl junger Menschen, sondern nach ihren tatsächlichen Bedürfnissen richten.

Mehr Selbstverwaltung!

Ein erster Schritt zu mehr Selbstbestimmung wäre die Schaffung eines Kinder- und Jugendrates für Bottrop. Dieser könnte als erster Test von den weiterführenden Schulen im Bezirk Mitte gewählt und nach drei Jahren Erprobungsphase auf weitere Stadtbezirke ausgeweitet werden. Der Kinder- und Jugendrat muss – neben einem angemessenen eigenen Etat – das Recht bekommen, unabhängig Anträge an den Rat und die Bezirksvertretungen zu stellen und diese auch mündlich begründen zu dürfen.

Weniger Kommerz und mehr Soziokultur!

Das Jugendkombihaus in städtischer Trägerschaft ist für Jugendliche wenig attraktiv, da ein kommerzieller Betreiber in dem mit EU-Geldern geförderten Projekt eine Großdiskothek betreiben darf. Dies führt zu hohen Preisen und den üblichen Begleiterscheinungen, wenn kommerzielle Interessen im Vordergrund stehen.

Daher fordert DIE LINKE. Bottrop eine Überprüfung des Projektes Jugendkombihaus auf seine Attraktivität für Bottroper Jugendliche und langfristig die Schaffung eines echten Soziokulturellen Zentrums mit einem hohen Anteil an Selbstverwaltung der Jugendlichen.

Prävention statt Reaktion!

Amokläufe und Gewalt an Schulen sind die Auswüchse eines Schulalltages, der oftmals als repressiv und perspektivlos empfunden wird. Das sogenannte „Turbo-Abitur“ hat den Leistungsdruck hier nur verschärft. Schulpädagogen und Sozialarbeiter sind Mangelware.

Daher fordert DIE LINKE als ersten Schritt den massiven Ausbau dieser Stellen an den Schulen.

Desweiteren sind die HausmeisterInnen an den Schulen mehr als nur technische Angestellte, sie sind insbesondere an Grundschulen eine wichtige Bezugsperson.

Daher fordert DIE LINKE in Bottrop den Erhalt und Ausbau dieser wichtigen Stellen.

Kinderschutz stärken!

Präventionsarbeit im Rahmen bestehender Angebote der Jugendhilfe ist auszubauen. Familien müssen über die Hilfen zur Erziehung, die erst greifen, wenn Probleme bereits entstanden sind, hinausgehend Unterstützung von ihrer Kommune erhalten. Dazu bedarf es frühzeitiger Beratungsangebote. Das Programm der Frühen Hilfen muss erhalten und ausgebaut werden. Die Qualifizierung von Mitarbeitern des Jugendamtes, Lehrern, KindergärtnerInnen und Sozialarbeitern zu Kinderschutzfachkräften ist dringend notwendig, um Kindeswohlgefährdungen zu erkennen und entgegenzuwirken. Die Schaffung eines Netzwerks zum Kindeswohl ist in Bottrop dringend notwendig.

Sozialraumorientierung ist ein sinnvoller Ansatz der Jugendhilfe. DIE LINKE will sich in Bottrop dafür einsetzen, dass verschiedene Akteure der Jugendarbeit vor Ort besser vernetzt werden (Schule, KiTa, Jugendfreizeiteinrichtung, Bezirksvertretung, Nachbarschaftseinrichtungen u.a.) und dezentrale, wohnortnahe Angebote für junge Menschen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Dabei müssen aber stets die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen die Planungsgrundlage bilden. Die sozialräumliche Jugendarbeit darf nicht zu einer weiteren Abgabe öffentlicher Verantwortung oder zum Abbau von Leistungen führen.

Die LINKE schlägt vor, in der kommunalen Jugendarbeit der kommenden sechs Jahre folgende Akzente zu setzen:

- Interkulturelle Jugendarbeit: z.B. gemeinsame Projekte mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft,
- Ausbau der Jugendbegegnung mit den Partnerstädten Bottrops; Jugendmedienprojekte, bei denen junge Menschen ihre Kreativität entdecken, entwickeln und präsentieren können. Die erfolgreiche Arbeit des Bottroper Medienprojektes soll fortgeführt werden; Jugendsport, der junge Menschen ermuntert, sich zu bewegen, und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zugänglich sein soll.
- Umwelt- und Verkehrspädagogik: Kinder und Jugendliche, die in einer Großstadt wie Bottrop aufwachsen, sollen die Möglichkeit bekommen, mit der Natur in Berührung zu kommen. Gerade Bottrop und insbesondere die Ortsteile Kirchhellen und Grafenwald bieten dafür gute Voraussetzungen. Verkehrspädagogik soll junge Menschen nicht zu unkritischen VerkehrsteilnehmerInnen erziehen, sondern einen sicheren und bewussten Umgang mit Mobilität vorleben. Der internationale „Zu-Fuß-zur-Schule-Tag“ könnte mit Unterstützung des Jugendamtes zu einer festen Institution an Bottroper Schulen werden.
- Projekte für Toleranz, Demokratie und gegen Rassismus: Kindern und Jugendlichen soll der Reiz der Vielfalt und Unterschiedlichkeit nahe gebracht werden, um sie so gegen rechte und alltagsrassistische Hetze immun zu machen und auf ein gemeinsames Leben in unserer bunten Stadt vorzubereiten. Ein besonderer Schwerpunkt könnte in der Thematisierung von homo-, bi- und transsexuellen Lebensweisen liegen. Viel zu oft werden auch unter jungen Menschen diese Lebensweisen diskriminiert und ausgegrenzt.
- Offene Kunstprojekte: junge Menschen, die sich z.B. mit Graffiti-Kunst oder alternativen Musikrichtungen beschäftigen, sollen nicht kriminalisiert oder geringgeschätzt werden, sondern in offenen Kunstprojekten Anerkennung finden und ihre Fähigkeiten weitergeben können.

Weiterhin setzen wir uns ein:

- für den Erhalt eines engmaschigen und bedarfsgerechten Netzes an Kindertagesstätten sowie gegen weiter steigende finanzielle Belastungen der Eltern,
- für die Sicherung qualifizierter, bedarfsorientierter und ganztägiger Kinder- und Jugendbetreuungsangebote, unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern,
- für den Ausbau jugendspezifischer Einrichtungen in den Wohngebieten und Stadtteilen und ein Höchstmaß an selbstbestimmter Freizeitgestaltung,
- für eine angemessene räumliche, personelle und finanzielle Absicherung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Stätten der Bildung und Erziehung: In diesem Sinne ist die Nutzung des Jugendkombihauses zu verändern und nicht-konfessionelle Jugendarbeit zu fördern,
- für den Ausbau der Straßensozialarbeit als Ansprechpartner für Jugendliche, anstatt mit sicherheits- und ordnungspolitischen Maßnahmen Jugendliche zu kriminalisieren,
- für die Schaffung von Freizeitmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche im Freien und den Erhalt, die Neugestaltung und Qualitätsverbesserung von Kinderspielplätzen in Form von pädagogisch betreuten Abenteuer-Bauspielplätzen in jedem Stadtteil,
- für eine Regelung in der Ortssatzung, die einen gleich großen Anteil von Spielplatz- und Freiflächen für Bauprojekte ebenso zwingend vorschreibt wie nachzuweisende Parkplatzflächen,
- für ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen: Die Stadt muss dabei in der Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Das beinhaltet auch die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung im erlernten Beruf. Darüber hinaus sollen

- städtische Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die in angemessenem Umfang ausbilden,
- gegen die weitere Bebauung von Freiflächen: Diese müssen als natürliche Spielplätze für Kinder erhalten bleiben.

8. Eine Stadt für alle – hier sind wir zuhause

Integration bedeutet für DIE LINKE in erster Linie Teilhabe! Wir sind nicht für Assimilation, sondern für interkulturellen Austausch, ohne eine Leitkultur als Orientierung.

Alle Menschen in unserer Stadt sollen die gleichen Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen: unabhängig von ihrer sozialen, nationalen, kulturellen oder religiösen Herkunft, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung.

Dennoch sind Menschen mit Migrationshintergrund – und das ist in Bottrop mehr als jeder Vierte – in vielen Bereichen benachteiligt.

Aus Sicht der LINKEN liegen die Ursachen vor allem in den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese haben sich in den letzten Jahren leider stetig verschlechtert – nicht nur für MigrantInnen. Aber die stetig verschärfte Umverteilung von unten nach oben trifft MigrantInnen oft noch stärker.

Um eine wirkungsvolle und nachhaltige Integration zu erreichen, fordert DIE LINKE:

Rechtliche Gleichstellung, volle soziale Partizipation und Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Für Bottrop heißt dies konkret:

- Ein Wahlrecht für alle, die hier leben.
Der erste Schritt dahin ist das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- Stärkung der Rechte und der finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten des Integrationsrates.
- Konkrete Schritte, die mittelfristig MigrantInnen ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend Stellen in der Verwaltung und allen städtischen Betrieben schaffen (derzeit beträgt ihr Anteil an den Beschäftigten weniger als 5 % gegenüber einem Anteil an der Bevölkerung von über 25 %).
- Ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumliche Abschottung gezielt verhindert. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass keine sozialkulturell bedingte Segregation entsteht.
- Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze. Das gilt besonders in der Jugendarbeit.
- Zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen. Darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, um die Integration, aber auch Bildungs- und Berufschancen zu verbessern.
Dabei gilt es, auch die kurdische Sprache angemessen zu fördern.
- Antirassistische Arbeit wird in Schulen kontinuierlich gefördert.
- Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für das Kommunale Integrationskonzept und stärkere Einbeziehung der MigrantInnen-Selbstorganisationen.
- Die Stadt setzt sich besonders für die Integration und Gleichbehandlung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ein. Menschenrechte verachtende Behandlung gegenüber Flüchtlingen und Asyl-

bewerbern – z.B. Lagerunterbringung von allein stehenden Kindern und Jugendlichen – darf es in Bottrop nicht geben.

Abschiebungen konterkarieren jede Integration, sind inhuman und stellen für die allermeisten der Betroffenen eine besondere Härte dar.

9. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Von wirklicher Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir immer noch weit entfernt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit – all das sind leider immer noch unerfüllte Forderungen.

Viele – auch gut qualifizierte – Frauen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen, die von Niedriglohn, Befristung oder ungewollter Teilzeit geprägt oder Minijobs sind und hohe Armutsrisiken in sich bergen. Für die eigenständige Altersvorsorge sind sie nicht geeignet.

Mit der Agenda 2010 ist die Ungleichheit eher noch verstärkt worden. Nach Kindererziehung und einem arbeitsreichem Leben haben am Ende immer mehr Frauen eine Rente, von der sie nicht leben können. Unter den Grundsicherungs-BezieherInnen im Alter sind in Bottrop 73 % Frauen.

Wir fordern eine aktive Gleichstellungspolitik in Bottrop, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern.

Dazu gehört auch die Erkenntnis: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

Nicht nur die Frauen- und Familienpolitik, auch und gerade Politikbereiche wie Wirtschafts-, Sport-, Verkehrspolitik und Innere Sicherheit haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Ungleichbehandlung der Geschlechter.

Denn wer zieht aus bestimmten politischen Strategien und Entscheidungen der Finanzpolitik Vorteile und wer Nachteile? Wie sind Frauen und Männer von Ausgaben und Einsparungen öffentlicher Haushalte unterschiedlich betroffen?

Trotz schwieriger Haushaltslage darf es keine Kürzungen im Bereich des Bottroper Frauenhauses als Zufluchtsort für Frauen und deren Kinder geben, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt und Ausbau des Bottroper Frauenhauses als Zufluchtsort für Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind, sowie den Erhalt der Frauenberatungsstelle Bottrop,
- einen weitergehenden Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht für Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder auch erzwungener Prostitution ausgesetzt sind,
- die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten sowie die Förderung von Treffpunkten speziell für Mädchen,
- die Förderung von Treffpunkten für Lesben, Schwule und Transsexuelle,
- ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen Fragen,
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender vor Ort, u. a. bei Wohnungsschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall,
- die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“,
- Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen,

- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in finanziellen Notlagen,
- Berücksichtigung von Fraueninteressen beim Öffentlichen Nahverkehr (z.B. Nachttaxi) und im Sozialraum Stadt (z.B. Beleuchtung, Wege, Frauenparkplätze, Notrufeinrichtungen)
- Verbesserung der Situation der Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen (77% der BewohnerInnen sind Frauen).

10. Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert.

Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten –neomodisch abwertend oft unter „demografischer Wandel“ zusammengefasst – reduziert werden dürfen.

Die Mitgestaltung am selbstbestimmten Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern). Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung von Seniorinnen und Senioren entgegengewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld,
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur, Freizeitgruppen),
- bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen,
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften,
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können,
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den Öffentlichen Nahverkehr,
- Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen,
- Hilfen für den Verbleib älterer Menschen bei Erkrankungen in ihrem sozialen Umfeld,
- Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen,
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für Heimaufsicht und gesetzliche Betreuung,
- Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege,
- Erweiterung der Angebote zur Integration demenzerkrankter Menschen,
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige,
- Ausbau der Versorgung der Palliativ-Medizin und des Hospizangebotes,
- Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben,
- Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst.

11. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung!

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt.

Laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbriefte Recht immer noch nicht umgesetzt.

Für DIE LINKE ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema, das in alle Politikfelder einfließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Arbeitsgrundlage für die LINKE ist die UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene,
- die Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Gepflogenheiten, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beinhalten,
- wirksame und geeignete Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern,
- den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage, statt Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren,
- integrative Kindergärten und Schulen, damit behinderte und nicht-behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können,
- Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten,
- die alten- und behindertengerechte Architektur aller Neubauten und den schrittweisen barrierefreien Umbau alten Baubestands und dies in den Bebauungsplänen festzuschreiben,
- die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen,
- Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste,
- gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung auf öffentlichen, insbesondere städtischen Veranstaltungen,
- Qualifizierungsmöglichkeiten für die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und dass Verwaltungsvorgänge für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind,
- konkrete Schritte, die mittelfristig Menschen mit Behinderung ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend Stellen in der Verwaltung und allen städtischen Betrieben schaffen,
- Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung behinderter Menschen ins Berufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche.

12. Kultur für alle!

Der Bottroper Kulturetat ist mit unter 2 Prozent des Gesamthaushaltes deutlich geringer als in anderen Städten. Ein grosses Kino - wie früher die legendäre Schauburg - oder gar ein Theater sucht man in Bottrop vergebens und seit dem von den Bottroper Mehrheitsparteien beschlossenen Beitritt

zum sogenannten „Stärkungspakt“ sind leider gerade kulturelle Angebote den Kürzungs- und Streichorgien ausgeliefert. Aus deren Sicht ist Kultur eine freiwillige Leistung der Kommune und keine Pflichtaufgabe. Dem sind in Bottrop, trotz massivem Widerstand, schon einige Stadtteilbibliotheken zum Opfer gefallen. Das Seniorenkino konnte nur noch ehrenamtlich aufrecht erhalten werden.

Weitere Schließungen stehen auf der Agenda der „Stärkungspakt“-Parteien und werden vermutlich nach der Kommunalwahl folgen. Im Kulturbereich steht das Kommunale Kino und die Kulturwerkstatt zur Disposition. Gebührenerhöhungen gab es bei der VHS, der Musikschule und der Bücherei. Weitere werden folgen, wenn den „Stärkungspakt“-Parteien nicht entschieden Widerstand entgegengesetzt wird.

Besonders beschämend sind die Pläne, den letzten großen Veranstaltungsort in Bottrop – den Saalbau – abzureißen. Das wäre das Aus für großartige Kabarettveranstaltungen, Konzerte und Theateraufführungen. Ein Abriss wird Bottrop vielleicht irgendwann teuer zu stehen kommen, wenn die Fachhochschule – wie in anderen Städten – einmal vor Raumnot aus allen Nähten platzt und teure Vorlesungsräume neu gebaut werden müssen.

DIE LINKE in ganz NRW steht zum Bottroper Saalbau und hat aus Solidarität schon einige Landesparteitage Und landdesrats-Tagungen im Saalbau abgehalten. DIE LINKE steht hier wieder mal gegen eine große Koalition, die dieses Filetgrundstück in Innenstadtlage verschachern will.

Für DIE LINKE ist – neben Bildung und Jugend – auch vor allem der Kulturetat kein Bereich in dem Kürzungen zu verantworten sind.

DIE LINKE ist für die Entwicklung eines breiten kulturellen Angebotes in Bottrop. Eine Unterscheidung in „Hoch-„ und „Breitenkultur“ lehnen wir ab, wir sind für die Teilhabe aller Menschen an unterschiedlichen kulturellen Angeboten. Daher lehnen wir auch die primäre Ausrichtung der Kulturförderung an Wirtschaftsinteressen ab.

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung kultureller Initiativen „von Unten“ ein.

Deshalb fordern wir:

- Erhalt und Ausbau des Netzes von Stadtteilzentren und Bürgerhäusern in den Stadtteilen mit Angeboten für Menschen aller Altersstufen,
- Erhalt und (Wieder)-Ausbau des Netzes der Stadtteilbibliotheken bzw. Bücherbussen,
- Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen, um ihnen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, und die Wiedereinführung des Bottrop-Passes,
- Aufbau Soziokultureller Zentren und lokaler Kulturinitiativen sowie Förderung freischaffender Künstler,
- gezielte Förderung von Frauenkultur,
- stärkere Beachtung der kulturellen Bedürfnisse der Migrantenbevölkerung,
- Erhalt und sinnvolle Nutzung von alten Gebäuden und Industriedenkmalern.
- Die Kreativität der kunstschaffenden Bürger soll mit konkreten Maßnahmen gefördert werden. Die Wirtschaftsförderung der Stadt muss auch die Kreativwirtschaft in den Blick nehmen.
- Erhalt und Förderung des Saalbaus als einzigem größerem überdachten Veranstaltungsort in Bottrop.

13. Sport bedeutet Lebensqualität

DIE LINKE will den Sport als Einheit des Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssports erhalten und weiterentwickeln. Es ist unser Ziel, das Sporttreiben für alle, die es wünschen, zu gewährleisten.

Die LINKE unterstützt Aktivitäten, die dazu beitragen:

- vorhandene Sportflächen und -stätten – einschließlich der Schwimmbäder – zu erhalten, planerisch zu erfassen und mit dem erforderlichen Zuwachs in den entsprechenden Entwicklungs- und Bebauungskonzeptionen festzuschreiben,
- die zweckentfremdete Nutzung oder Privatisierung von kommunalen Spielplätzen, Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbädern zu verhindern,
- eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit sowie vielfältige und flexible Nutzung der Sportstätten zu ermöglichen,
- die entgeltfreie Nutzung der Sportstätten und Schwimmbäder durch Schulen und gemeinnützige Sportvereine zu sichern und den freien Trägern sozialverträgliche Lösungen anzubieten,
- gemeinnützige Sportvereine, -gruppen und -initiativen, insbesondere mit hohem Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder finanziell schwachen Mitgliedern, kontinuierlich finanziell zu fördern,
- Entwicklungspläne für Sportanlagen unterschiedlicher Art zu erarbeiten und zu vervollkommen.

Den Sportvereinen, der organisatorischen Basis für den Freizeit- und Breitensport, muss die Kommune die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Vereine und ihre ehrenamtlichen Helfer den Sport für alle organisieren und kontinuierlich sichern können

14. Straßenverkehrsplanung mit Konzept!

Bottrops Straßen sind – wie in vielen anderen Städten auch – in einem katastrophalen Zustand. Im Haushalt ist kaum Geld für die Sanierung vorgesehen. Stattdessen werden nur notdürftige Reparaturen durchgeführt. Oft ist die einzige Maßnahme das Aufstellen von Tempo 30 Schildern.

In den meisten Fällen wird eine Straße 40 Jahre lang nur notdürftig repariert, um dann – nach aktueller Satzung – die Anwohner für den notwendigen Neu-/Ausbau mit zur Kasse zu bitten. Eine Variante welche gerade in Zeiten des „Stärkungspaktes“ immer verlockender für viele Kommunalpolitiker wird.

DIE LINKE fordert eine Änderung der Satzung zum Schutz der Anlieger und Mieter, auf welche diese Kosten gerne direkt oder indirekt umgelegt werden.

Eine vernünftige anwohnerfreundliche Verkehrsplanung sucht man in Bottrop vergebens. Da wird dem Individualverkehr immer noch Vorrang gegeben und lieber der Einbau von Lärmschutzfenstern finanziert als über Tempobegrenzungen oder Verkehrsberuhigungen nachzudenken.

SPD-Oberbürgermeister Tischler setzt sich – im Gegensatz zu seinem Gladbecker Amtskollegen – auch nach dem erfolgreichen Gladbecker Bürgerentscheid gegen den A 52-Ausbau immer noch für

den Ausbau der B 224 zur Autobahn ein. Verkehrspolitisch völlig unsinnig und umweltpolitisch katastrophal.

Ein stadtweiter Lärmaktionsplan – wie schon vor 12 Jahren von der EU angeregt und seit 9 Jahren vom Bund gesetzlich gefordert – liegt für die „Innovation City“ Bottrop bis heute noch nicht vor!!!

DIE LINKE tritt ein für:

- mehr Geld für die Sanierung des Straßennetzes,
- Änderung der Ausbausatzung ohne Abwälzung der Kosten auf die Anwohner und Mieter,
- Erarbeitung eines anwohnerfreundlichen Verkehrskonzeptes für ganz Bottrop,
- Erstellung eines Lärmaktionsplanes.
- Kein Ausbau der B224 zur A52!

15. Für den Ausbau der Demokratie vor Ort

Bei Kommunalwahlen gibt nur noch rund die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Auch bei Landtags- und Bundestagswahlen sinkt die Wahlbeteiligung stetig.

Undurchsichtige Entscheidungsstrukturen (selbst wichtige Entscheidungen wie z.B. der Ausbau des Flugplatzes Schwarze Heide werden in kleinen, nicht-öffentlichen Gremien gefällt) und scheinbar festbetonierte Mehrheitsverhältnisse führen zu Politikverdruss.

Die jahrzehntelange Verquickung zwischen Ratsmehrheit und Verwaltung bietet Raum für Vetternwirtschaft (Vergabepaxis an Bauträger und Architekturbüros).

Während die Wahlbeteiligung immer weiter sinkt, werden andererseits in NRW immer mehr Bürgerbegehren und Bürgerentscheide eingeleitet:

Die Menschen sind also keineswegs unpolitischer geworden.

Anstatt diese Politisierung der Bürgerschaft zu unterstützen, hat die SPD-dominierte Bottroper Stadtverwaltung alles getan, um den ersten Bürgerentscheid in Bottrop zu behindern.

Damit sind sie aber nicht durchgekommen – der Bürgerentscheid Stenkhoffbad endete mit einem klaren Erfolg für die direkte Demokratie.

Kurz danach ist es uns dann auch gelungen, die Demokratisierung der Bürgerentscheid-Satzung durchzusetzen.

Und mit dem Bürgerentscheid zur Begrenzung der Subventionen für den großspurig in „Airport Ruhr“ umgetauften Flugplatz Schwarze Heide findet nur ein Jahr später schon der 2. Bürgerentscheid in Bottrop statt.

Die Mehrheitsparteien SPD und CDU versuchen aber weiterhin alles, um bürgernahe Demokratie vor Ort zu behindern:

Mit der Reduzierung der Mittel für die Bezirksvertretungen um weitere 330.000 Euro jährlich wird ortsnahe Demokratie noch mehr eingeschränkt.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist fehlende Transparenz:

Beim Online-Check der Landtagsfraktion der Grünen zu den Kommunen in NRW liegt Bottrop sowohl in der Gesamtbewertung als auch bei der Kategorie „Open Data“ (Wie transparent sind die Rathäuser? Welche Daten und Informationen werden proaktiv von den Verwaltungen im Internet zur Verfügung gestellt?) jeweils nur auf Platz 32.

Dass dies auch ganz anders geht, zeigt die Nachbarstadt Gelsenkirchen, die in der Gesamtbewertung als bestplatzierte Revierstadt auf Platz 5 gelandet ist.

DIE LINKE tritt für eine grundlegende Demokratisierung ein:

- für verstärkte öffentliche Kontrolle – gegen Privatisierung öffentlicher Aufgaben,
- für mehr Öffentlichkeit im Rat – Schluss mit der Verlagerung vieler wichtiger Entscheidungen in den nicht-öffentlichen Sitzungsteil,
- für mehr Transparenz: auch im Internet,
- für mehr direkte Demokratie: Wir unterstützen die dementsprechenden Vorschläge von „Mehr Demokratie NRW“,
- für umfassende demokratische Beteiligung der Einwohnerschaft an der Aufstellung des Haushaltes der Stadt,
- für die Direktwahl der Mitglieder der Regionalräte und des Parlaments des Regionalverbandes Ruhr.

16. Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

Der Kampf gegen faschistische und rassistische Tendenzen und ihre Organisationen stellt in dieser Gesellschaft eine ständige Herausforderung und für DIE LINKE einen Schwerpunkt auf kommunaler Ebene dar.

Für uns ist das Bekenntnis zu Antifaschismus und Antirassismus ein kommunalpolitischer Grundwert. Antifaschistische Kommunalpolitik heißt für uns, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Denk- und Verhaltensweisen bereits in den Ansätzen entgegenzutreten, ihnen gegenüber keine Zugeständnisse zu gewähren und eine Gewöhnung an sie als eine „normale“ politische Meinungsäußerung nicht zu dulden.

Deshalb darf nicht zugelassen werden, dass rechtradikale Geschehnisse in der Kommune aus Furcht vor einem möglichen Imageverlust verniedlicht, verdrängt oder verheimlicht werden. Faschismus und Rassismus können auf kommunaler Ebene um so wirksamer niedergehalten werden, wenn es gelingt, breite lokale Bündnisse zu erreichen.

Die Kommunen verfügen in diesem Aufgabenfeld über zahlreiche Möglichkeiten, in engem Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Initiativen Erfolge zu erzielen.

Allein die Tatsache, dass Politik in den Kommunen in der Regel erfahrbar und auch mitgestaltbar ist, die Probleme und Interessen der Bürger bekannt und die Möglichkeiten individueller Einflussnahme noch weit eher gegeben sind, ist dabei ein entscheidender Faktor.

Die Konfliktfelder, die rechten Parolen Auftrieb geben, entstehen nicht im luftleeren Raum, als abstraktes Gebilde, sondern ganz konkret und fassbar vor Ort, dort wo wir miteinander leben. Das ist der Raum, in dem Solidarität und Sozialneid miteinander kollidieren, wo unterschiedliche Lebensweisen und Lebensansprüche, andere Politik- und Kulturansätze aufeinander treffen, dort wo die Schwächsten der Gesellschaft zum Sündenbock gemacht werden.

Deshalb ist das kommunale Engagement so wichtig.

Unsere grundsätzlichen Ziele und Forderungen:

- Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas für Humanismus und Toleranz,
- Verhinderung der Wahrnehmung rechtsradikaler Ideologien und Handlungsträger als „Normalität“: das gilt für deutsche Faschisten genauso wie für rechtsradikale Importe wie etwa die „Grau-

en Wölfe“, die sich immer mehr in unserer Stadt breit machen,

- Unterstützung und Förderung insbesondere junger Menschen und Antifa-Gruppen, die sich den Rechtsradikalen entgegenstellen sowie Herstellung fester Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen,
- Aufarbeitung der kommunalen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren öffentlicher Darstellung nach dem Vorbild „Gladbeck unterm Hakenkreuz“,
- Bildungsarbeit an den Schulen,
- Erhalt und Ausbau der Gedenkstätten und Denkmäler zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes; Restaurierung des Denkmals für die Gefallenen der Roten Ruhrarmee,
- Umbenennung von Straßen und Plätzen mit Namen, die rassistisch, faschistisch oder kolonialistisch belastet sind (wie Loewenfeldstr. und Kapitän-Lehmann-Str.); bei Neubenennung bevorzugte Berücksichtigung antifaschistischer Widerstandskämpfer; Einführung antifaschistischer Stadtrundgänge,
- öffentliche Aktionen vor Ort zum Entfernen von neonazistischen Schmierereien und Aufklebern,
- Unterstützung von multikulturellen Zentren und von Projekten des interkulturellen Lernens, um Menschen verschiedener Kulturen zusammenzuführen, sich dort gegenseitig besser kennenzulernen, voneinander zu lernen, und Vorurteile zu überwinden.

Konsequent gegen Faschismus und Rassismus zu kämpfen, heißt für uns, die sie hervorbringenden Verhältnisse zu kritisieren, um sie abzuschaffen.



Impressum:

V.i.S.d.P.: Günter Blocks

DIE LINKE. Bottrop
Brauereistraße 41
46236 Bottrop

die-linke-bottrop@email.de

Telefon: 02041 / 5687-184
Telefax: 02041 / 5678-185